

Mittwoch (Nachmittag), 17. März 2021 / Mercredi après-midi, 17 mars 2021

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

98 2020.RRGR.376 Postulat 282-2020 Imboden (Bern, Grüne)
Genügend kantonale Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren: Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist in Zeiten von Covid-19 wichtiger denn je!

98 2020.RRGR.376 Postulat 282-2020 Imboden (Bern, Les Verts)
Il faut suffisamment d'inspecteurs et d'inspectrices du travail, car la protection de la santé au travail est plus importante que jamais en ces temps de pandémie !

Präsident. Dann fahren wir weiter mit Nummer 98 auf unserer Liste, einem Postulat von Grossrätin Natalie Imboden, «Genügend kantonale Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren: Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist in Zeiten von Covid-19 wichtiger denn je!». Die Regierung beantragt, diesen Vorstoss anzunehmen und ihn gleichzeitig abzuschreiben. Frau Imboden ist wahrscheinlich nicht damit einverstanden. Sie hat das Wort als Postulantin.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ja, es ist so. Ich bin natürlich froh, dass die Regierung das Postulat annimmt, aber es gibt doch noch ein paar Punkte, die meiner Meinung nach gegen die Abschreibung sprechen. Der Kanton übernimmt im Bereich des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz Vollzugsaufgaben für den Bund. Es sind Bundesgesetze, die im Kanton Bern, und natürlich in allen Kantonen, umgesetzt werden. Das Postulat stellt ja die Frage, ob für diese Aufgabe genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Der Aufhänger stand, das gebe ich zu, tatsächlich in Zusammenhang mit der Covid-Pandemie, weil natürlich offensichtlich zusätzliche Aufgaben auf diese Arbeitsinspektorate zukamen. Es ist klar: Die Frage, wie die Gesundheit am Arbeitsplatz in Zeiten von Pandemien gewährleistet ist, ist eine zusätzliche Thematik, die wichtig ist. Wir sind froh, dass wir dank der Antwort zu Punkt 3 vom Regierungsrat wissen, dass man hierzu 9000 Kontrollen durchgeführt hat. Wir können es zwar nicht mit anderen Parametern vergleichen, aber ich denke, 9000 Kontrollen zeigen schon sehr deutlich, dass man dieses Anliegen ernst genommen hat. Ich danke der Regierung für diese Aussagen. Auf der anderen Seite steht die Aufgabe Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz natürlich nicht nur in Zusammenhang mit der Pandemie, sondern es ist eine permanente Aufgabe des Kantons.

Ich bestreite die Abschreibung der Punkte 1 und 2, aber bei den anderen Punkten bin ich mit den Antworten einverstanden. Es gibt bei den Antworten zu den Punkten 1 und 2 ein paar Dinge zu sagen, denn sie haben mich erstaunt. Als ich die Antwort las, habe ich mir gesagt, dass wir hier irgendwie aneinander vorbeireden. Die Antwort zu den Punkten 1 und 2 scheint ein veritables Birchermüesli zu sein. Ich habe gerne Birchermüesli, nichts dagegen. Aber hier werden wirklich Kraut und Rüben oder Äpfel mit Birnen vermischt. Es gibt eine Studie, einen Vergleich der verschiedenen Kantone, die aufzeigt, dass der Kanton Bern im Bereich des Gesundheitsschutzes für die 440'000 Arbeitsstellen 16 Personen hat, welche diese Kontrollen übernehmen. Das ist relativ wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt auf internationaler Ebene ein Abkommen der International Labor Organization (ILO-Abkommen), das Vorgaben macht, und die Regierung macht jetzt einfach ein Bubentricklein, wenn ich das so sagen darf. Sie zählt einfach andere Kontrollen, die der Kanton Bern auch hat, dazu, beispielsweise die Arbeitsmarktkontrolle im Rahmen der flankierenden Massnahmen der Personenfreizügigkeit. Das ist eine andere Bundesaufgabe. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat nichts mit dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu tun. Oder, noch absurder: Schwarzarbeit. Auch hier gibt es ein Bundesgesetz, welches die Schwarzarbeit verbietet, das der Kanton kontrolliert. Aber auch Schwarzarbeit hat nichts mit dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu tun.

Es ist meiner Ansicht nach nicht statthaft, hier alle drei Dinge einfach zusammenzuzählen und zu sagen: «Wenn wir das zusammenzählen, kommen wir ungefähr hin.» Denn so ist es nicht, und so sieht es auch das Seco nicht. Das Seco ist ja die Aufsichtsbehörde in diesem Bereich. Es gibt einen

Reportingbericht des Seco, den «Bericht über die Arbeitsinspektion», den ich allen empfehle, die sich mit diesem Thema einmal beschäftigen wollen. Hier zeigt sich sehr deutlich, dass es wirklich nur um den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz geht. Das ist einerseits auf Bundesebene das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG), auf der anderen Ebene das Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG). Um diese beiden Gesetze geht es. Damit man sich das ein wenig vorstellen kann: Das Arbeitsgesetz gilt für fast alle Arbeitnehmenden, ohne die Landwirtschaft und den öffentlichen Verkehr. Aber hier geht es um Schichtpläne in der Industrie, es geht um die Nacharbeit, es geht um den Schutz vor Chemikalien in der Industrie, es geht um den Jugendschutz oder auch um den Schutz von Schwangeren und von stillenden Müttern. Alle diese Aufgaben müssen kontrolliert werden. Beim UVG geht es auch um Berufskrankheiten, Berufsunfälle, Prävention, also sehr viele Themen. Ein Beispiel: Die Arbeitsinspektorate haben in den letzten Jahren im Bereich psychosoziale Risiken Präventionskampagnen gemacht. Sie wissen es. Stichwort: Stress und Burnout verhindern.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Punkte 1 und 2 abzulehnen (*sic*) weil sich deutlich zeigt, dass der Regierungsrat oder der Kanton Bern in diesem Bereich nicht genügend Ressourcen hat. Wir möchten der Regierung gerne die Möglichkeit geben, uns das noch einmal vertiefter aufzuzeigen. Eigentlich gibt es ja ein Postulat, damit man Dinge prüft. Jetzt hat man das Gefühl, in der Antwort sei schon alles drin. Aber die beiden kleinen Abschnitte zu Absatz 1 und 2 sind doch etwas zu rudimentär, und ich möchte Ihnen beliebt machen, diese beiden Punkte nicht abzuschreiben. So kann die Regierung noch einmal aufzeigen, ob sie wirklich genügen Ressourcen hat, und nur die Ressourcen, um die es wirklich geht. Denn ich denke, es ist uns allen klar: Gesunde Arbeitsplätze sind wichtig. Die Prävention verhindert weitergehende Kosten, die wir als Gesellschaft lieber verhindern wollen. (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) Deshalb komme ich zum Schluss, und es ist auch gleich das Votum der Fraktion Grüne, das sich mit meinen Ausführungen deckt. Damit sparen wir auch gleich das Fraktionsvotum ein. Herzlichen Dank, wenn Sie helfen, die Punkte 1 und 2 nicht zu genehmigen (*sic*). Bei den restlichen Punkten sind wir hingegen einverstanden.

Präsident. Wir werden somit punktweise abstimmen und kommen zu den weiteren Fraktionsvoten. Als Erstes hat sich für die FDP-Fraktion Grossrat Daniel Arn eingetragen.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Vielleicht kurz zum Gesundheitsschutz: Ich spreche hier auch als Unternehmer aus der Industrie. Was den Gesundheitsschutz und Unfälle anbelangt, haben wir die Suva, die uns sehr, sehr gut kontrolliert und die sehr gut hinschaut. An Grossrätin Imboden: Das funktioniert eigentlich sehr, sehr gut. Von dem her ist für uns von der FDP das Postulat mit den Antworten erfüllt, und wir empfehlen Ihnen die gleichzeitige Abschreibung.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Kommissionspräsident SAK. Liebe Natalie, jetzt hast du mich aber gerade etwas verwirrt. Du hast jetzt mehr als einmal, sicher zweimal, gesagt, dass ihr empfiehlt, die Punkte 1 und 2 nicht anzunehmen. Ich gehe davon aus, dass du sagen wolltest: Annehmen, aber nicht abschreiben. (*Grossrätin Imboden bejaht dies. / La députée Imboden le confirme.*) Gut, ob man das will oder nicht, kann man selbst entscheiden. Wir sind eigentlich der Meinung, dass die Antwort genügend sei. Wir gehen auch nicht davon aus, dass der Volkswirtschaftsdirektor, sollten wir das abschreiben, sagt: «Gut, jetzt ist das abgeschrieben, jetzt müsst Ihr nicht mehr kontrollieren». Wir gehen davon aus, dass das wirklich eine Daueraufgabe ist. Wir haben das Vertrauen, dass sie auch dauernd schauen, dass sie genügend Ressourcen haben und dass sie sonst kommen würden. Von dem her sind wir einverstanden mit der Antwort der Regierung und empfehlen Ihnen, das wichtige Anliegen anzunehmen aber es, im Sinn der Regierung, auch gleich wieder abzuschreiben.

Präsident. Sprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist Grossrätin Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Liebe Anwesende, ja, lassen Sie uns noch einmal anschauen, was denn dieses wichtige Anliegen eigentlich ist. Es ist etwas, über das man selten spricht, und es kommt sehr technisch daher. Aber es geht um nichts anderes als um die Sicherheit am Arbeitsplatz. Es geht darum, dass die Leute sicher und gesund arbeiten können müssen, und das muss natürlich einen hohen Stellenwert haben, sowohl für die Arbeitgeber, wie auch für uns. Denn wir müssen ja sicherstellen, dass die gesetzlichen Grundlagen eingehalten werden und dass das eben auch ge-

nügend kontrolliert werden kann. Es ist überhaupt kein Luxusproblem. Es ist ein sehr wichtiges Anliegen. Denn Arbeitsunfälle sind sehr schmerzhaft und führen in tragischen Fällen sogar zum Tod. Sogar schon vor Corona starben in der Schweiz circa 100 Menschen durch Arbeitsunfälle. Das ist ungefähr der Durchschnitt. Wenn man diese Zahl ins Verhältnis zu den Beschäftigten stellt, heisst das, pro 100'000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es 2,3 Todesopfer. Das ist im internationalen Vergleich, besonders mit unseren Nachbarn, hoch. Zum Beispiel liegen Deutschland und Frankreich darunter. Auch in England ist der Wert viel tiefer. Dort sind es 1,4 Todesopfer. Als Schlussfolgerung sieht man, dass in der Schweiz noch weitere Anstrengungen gemacht werden müssen, dass schon vor Corona klar war, dass man weitere Anstrengungen in Richtung Arbeitssicherheit machen muss. Jetzt gerade während der Coronakrise haben Sie vielleicht auch verfolgen können, wie wichtig das Thema Schutz am Arbeitsplatz wurde. Der Arbeitsplatz ist der dritthäufigste Ort der Ansteckung. Das ist bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehbar, muss sich aber natürlich verbessern. Es hat sich auch gezeigt, dass die Arbeitsinspektorate unterdotiert sind. Da sind wir als Kanton im Fokus, denn es sind die kantonalen Arbeitsinspektorate und die Suva, welche zuständig sind, um alle Betriebe im Kanton zu kontrollieren. Sie haben im Moment sehr viel Arbeit.

Aus Sicht der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist die Antwort der Regierung zu den Punkten 3 bis 6 für dieses Postulat ausführlich genug, und wir werden sie, wie die Regierung vorschlägt, abschreiben. Die Antworten zeigen eben auch gerade, und das hat die Motionärin erläutert, wie viele zusätzliche Massnahmen man für die Arbeitsplatzsicherheit ergreifen musste und dass man sie auch kontrollieren muss. Sie zeigen auch, dass es eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton gibt. Ob allerdings ausreichend ist, was im Moment gemacht wird, bleibt offen. Das können wir daraus nicht schliessen. Die wichtige Frage der personellen Unterbesetzung der Arbeitsmarktsinspektorate verdient aus unserer Sicht aber eine weitere, eine vertieftere Auseinandersetzung. Die Motionärin hat es gesagt: Es ist ja keine Interpellation, die wir hier vor uns haben. Es ging nicht darum, dass die Regierung uns die Antworten in zwei kurzen Absätzen schon gleich liefert, sondern dass man das vertieft prüft. Aus unserer Sicht ist dieses Anliegen wichtig genug. Es geht wirklich um sehr wichtige Fragen, und man muss das vertiefter prüfen. Die Motionärin hat von einem Birchermüesli gesprochen. Wenn man die beiden Absätze liest, kann man nicht schlüssig nachvollziehen, wie die Situation im Kanton Bern heute wirklich ist. Wir möchten daher die Punkte 1 und 2 noch nicht abschreiben.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV). Mon intervention sera inversement proportionnelle à la longueur du texte de la motion : oui, aussi pour notre groupe, la santé au travail est importante, dans mon métier particulièrement puisqu'on exerce un métier particulièrement dangereux, disons. Le gouvernement répond, il nous semble, de manière factuelle aux soucis de la motionnaire et nous convainc par ses propos. Nous allons ainsi accepter l'intervention mais aussi la classer.

Christine Gerber, Detligen (SVP). Für die SVP-Fraktion wurden die gestellten Fragen für den Moment beantwortet, und deshalb werden wir das Postulat in allen Punkten annehmen, aber gleichzeitig auch abschreiben.

André Roggli, Rüscheegg Heubach (Die Mitte). Der Titel des Vorstosses sagt eigentlich, worum es geht: Um genügend Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren, und wir von der Mitte-Fraktion sind der Meinung, es habe genügend Kontrollen und Leute. Natürlich ist der Arbeitsplatz die oder eine der Hauptansteckungsmöglichkeiten, weil dort Leute zusammenarbeiten. Das ist selbstverständlich. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ich kenne, setzen sich sehr wohl ein, damit sie für die Gesundheit ihrer Leute sorgen können. Es hat verschiedene Aspekte, weshalb sie das tun. Auf der einen Seite, weil sie die menschliche Tragik eines Unfalls verhindern wollen. Es geht aber auch um Organisatorisches, das sie zur Hand nehmen müssen, falls jemand erkrankt oder verunfallt, und es sind finanzielle Kosten, die zum Tragen kommen. In diesem Sinn denke ich, dass die meisten Arbeitnehmenden – Arbeitgebenden! – sehr viel tun. Die Arbeitnehmenden – das ist, was ich aufgeschrieben habe – haben oftmals auch ein Potenzial. Ich erlebe nämlich immer, dass diese nicht wirklich ins Homeoffice wollen, aus verschiedensten Gründen, wenn wir jetzt an Covid-19 denken. Ich erlebe aber auch, dass sie manchmal viel zu wenig achtsam sind. Ich denke da an einen Sanitätsdiensteinsatz, den ich an einem Grossanlass ganz in der Nähe hatte: abends um neun Uhr eine bewusstlose Person. Als wir sie im Sanitätszimmer fragten, was denn geschehen sei, meinte sie, sie habe schon seit ein, zwei Tagen Durchfall und Erbrechen und die ganze Familie habe dasselbe. Sie war den ganzen Tag bei der Arbeit und besuchte am Abend noch einen Match. Das tönt schon

nicht gerade sehr nach Eigenverantwortung, wenn man das macht. Also: Die Arbeitnehmenden haben da auch noch Potenzial. Die über 9000 Kontrollen, die innerhalb von 6 Monaten gemacht wurden, wurden bereits erwähnt. Dies versus die geforderten 13'000 Kontrollen. Es ist ein gutes Potenzial, das ausgeschöpft wurde. In diesem Sinn danken wir von der Mitte-Fraktion der WEU für die ausführlichen Zahlen und die Erfassung der verschiedenen Daten. Die Regierung hat unser volles Vertrauen. Wir nehmen das Postulat oder diese verschiedenen Punkte an und schreiben sie gleichzeitig ab.

Präsident. Wir sind mit den Fraktionen durch. Als Einzelsprecherin hat Grossrätin Meret Schindler das Wort.

Meret Schindler, Bern (SP). André Roggli, du hast dafür gesorgt, dass ich nach vorne trete. Selbstverständlich könnte man noch etwas mehr Homeoffice machen, wenn man das kann, und selbstverständlich sind die meisten Arbeitgeber darum bemüht, dass ihre Angestellten gesund bleiben, keine Unfälle machen, und auch, dass sie sich nicht mit Covid anstecken. Denn die Arbeitgeber wollen ja auch ihren Aufträgen gerecht werden, und die Arbeitnehmenden wollen in der Regel auch gesund bleiben und weiterarbeiten können. Es geht nicht um ein kategorisches Misstrauen den Chefs gegenüber. Es gibt aber eben auch solche, die nicht zuhause bleiben können. Die in den Spitälern, die auf den Covid-Stationen arbeiten, können nicht Homeoffice machen. Sie können abends auch nicht Fussballspielen, und sie können auch nicht einfach dafür sorgen, dass sie die Abstände wahren können. Denn sie müssen diese Patienten hochheben, drehen, hin und her tragen. Ich kenne x Personen, die sich höchstwahrscheinlich bei der Arbeit mit Corona angesteckt haben, gerade in den Spitälern. Bei diesen anerkennt es die Versicherung nicht als Berufsunfall oder Berufskrankheit. Die Leute sind sich nicht einmal bewusst, dass sie schlechter gestellt sind, wenn es ihre eigene Krankenkasse bezahlt, wenn sie Folgeschäden haben. Genau solche Situationen könnte man sicher viel besser angehen und besser kontrollieren. Denn es war eine neue Situation, die wir hatten. Das gab es noch nie, seit wir unsere aktuellen Hygienevorgaben und unsere Kenntnisse haben. Deshalb bitte ich Sie, auch die Punkte 1 und 2 nicht abzuschreiben und nicht einfach für erledigt anzusehen. Sonst könnte der Regierungsrat vielleicht auch noch darauf Bezug nehmen, wie sie im Moment die Arbeitskontrollen auf den Intensivstationen oder auch auf anderen Stationen im Spital gewährleisten.

Präsident. Wünscht die Postulantin vorher zu sprechen? Sie wünscht das, dann hat sie das Wort: Grossrätin Natalie Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich glaube, die Diskussion hat jetzt sehr gut gezeigt, dass Sie diese Punkte 1 und 2 eben nicht abschreiben sollten. Denn das, was ich gehört habe, finde ich zum Teil etwas haarsträubend. Es geht nicht nur, und das ist wirklich an die Adresse des Vertreters der FDP gerichtet, um die Suva, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Suva ist in der Industrie tätig und hat andere Aufgaben. Hier geht es um den Gesundheitsschutz, es geht um die Frage von Schichtplan-Kontrollen. Das macht nicht die Suva. Die Suva kümmert sich um die Unfallprävention. Es geht um die Frage des Jugendschutzes, darum, wie die Jugendlichen eingesetzt werden. Vielleicht kann ich es anders machen: Wer von Ihnen weiss, ab welchem Monat schwangere Frauen nicht mehr in Tätigkeiten beschäftigt werden sollen, die zum Beispiel Hochheben umfassen, beispielsweise im Gastgewerbe? Das sind klassische Fragen, die in dieser Gesetzgebung geregelt sind. Es gibt eben eine Gesetzgebung zum Schutz von Schwangeren, die verhindern soll, dass es zu Fehlgeburten kommt. Das sind die Fragen, und ich glaube, die Tatsache, dass hier relativ wenig Fachwissen vorhanden ist, ist ein Grund mehr, der Regierung zu sagen, es sei vielleicht sinnvoller, diese Punkte etwas ausführlicher zu machen. Vielleicht einfach noch ein letzter Punkt: Ich habe gesagt, wir haben jetzt 9000 Kontrollen zu Corona. Aber wer hier im Saal hat in diesem Bericht gelesen, wie viele Kontrollen der Kanton sonst macht, in welchen Branchen, mit welchen Schwerpunkten? Ich lese nichts, zero. Sie haben keine Informationen, ich auch nicht. Ich glaube, es ist nicht gut, wenn ein Kantonsparlament nicht weiss, wie der Gesundheitsschutz in diesem Kanton umgesetzt wird. Ich glaube, das ist schon fast ein wenig fahrlässig. Deshalb bitte ich Sie wirklich, die Abschreibung der Punkte 1 und 2 abzulehnen, damit die Regierung das noch einmal etwas ausführlicher machen kann. Es geht immerhin um die Umsetzung und den Vollzug von Bundesgesetz. Ich möchte nicht irgendwann einmal irgendwo in der Zeitung lesen, der Kanton Bern mache es besonders schlecht. Das hilft uns nicht. Ich glaube, die Gesundheit ist wichtig, und die Folgekosten zahlen wir nachher

als Allgemeinheit. Von dem her: Helfen Sie mit, dass wir hier mehr Informationen haben, und klassieren Sie die Punkte 1 und 2 nicht.

Präsident. Ich gebe das Wort Regierungsrat Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor. Sie haben es gesehen: Das ist ein Covid-Vorstoss, der Ende November dringlich erklärt wurde und jetzt behandelt wird. Dazwischen lag eine sehr intensive Zeit, welche gerade die WEU an die Grenzen der Belastbarkeit gebracht hat, nicht nur, wenn ich daran denke, wie wir die Härtefallorganisation über Weihnachten aus dem Boden gestampft haben. Das gebe ich, an die Adresse der Motionärin gewandt, zu: Deshalb hatten wir bei der Beantwortung der Fragen natürlich den Covid-Bezug stark im Auge und haben die Antworten darauf abgestellt. Die Regierung ist aber der Auffassung, dass diese Antworten auch mit Blick über Covid hinaus aufzeigen, dass die Regierung dieses Anliegen, Gesundheit am Arbeitsplatz, ernst nimmt und dass wir die Vorgaben des Bundes korrekt umsetzen, dass wir auch regelmässig gegenüber dem Bund rapportieren müssen und auch überprüft werden und es deshalb keinen Anlass für eine breitere Analyse gibt. Nicht nur aus Covid-Gründen haben wir darauf verzichtet. Die Regierung beantragt Ihnen deshalb, diesen Vorstoss so zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Präsident. Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Traktandum Nummer 98, ein Postulat von Grossrätin Natalie Imboden, «Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist in Zeiten von Covid-19 wichtiger denn je!». Es wurde punktweise Beschlussfassung verlangt. Deshalb, zuerst Punkt oder Ziffer 1. Wer Ziffer 1 annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.376; Ziff. 1)

Vote (2020.RRGR.376 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 114

Nein / Non 27

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie stimmen Ziffer 1 zu, mit 114 Ja- und 27 Nein-Stimmen.

Jetzt die Frage der Abschreibung: Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer die Abschreibung ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.376; Ziff. 1; Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.376 ; ch. 1 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 93

Nein / Non 48

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie schreiben Ziffer 1 ab, mit 93 Ja- und 48 Nein-Stimmen.

Ziffer 2: Wer Ziffer 2 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.376; Ziff. 2)

Vote (2020.RRGR.376 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 113

Nein / Non 28

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie nehmen Ziffer 2 an, mit 113 Ja- bei 28 Nein-Stimmen.

Dann befinden wir auch hier über die Abschreibung: Wer der Abschreibung von Ziffer 2 zustimmt, stimmt Ja, wer das ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.376; Ziff. 2; Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.376 ; ch. 2 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 92

Nein / Non 48

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie schreiben Ziffer 2 ab, mit 92 Ja- zu 48 Nein-Stimmen.

Ziffern 3 bis 6: Da habe ich eigentlich keinen Widerspruch gespürt. Darf ich sie miteinander zur Abstimmung bringen und sowohl über die Ziffern selbst als auch gleich über die Abschreibung befinden lassen? Die Motionärin nickt, ich höre auch sonst keine Stimmen. Dann machen wir das so.

Wer die Ziffern 3 bis 6 annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.376; Ziff. 3–6, Annahme und Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.376 ; ch. 3-6 ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 141

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie stimmen diesen Ziffern einstimmig mit 141 Ja zu und schreiben sie gleichzeitig ab.

Ich unterbreche hier unsere Verhandlungen. Wir sehen einander morgen früh um 9 Uhr wieder, und dann machen wir auch Prognosen zum weiteren Sessionsverlauf. Kommen Sie gut nach Hause, ich wünsche Ihnen einen guten Abend, ade miteinander.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.25 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 25.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Corinne Zalka Schweizer (d)

Ursula Ruch (f)